

# Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— Erscheint an jedem Werktag —  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Woffe's Zeilenmesser 14)  
1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf.; amtlich 1 mm  
30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf.; Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei  
zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bestimmungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz  
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhörnberg, Dreinig, Hauswalde, Dorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. H. Erben (Inh. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 39

Sonnabend, den 15. Februar 1930

82. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Die für den Ort Lichtenberg und einen Teil des Ortes Reichenbach wegen der Maul-  
und Klauenpest gebildeten Beobachtungsgebiete werden aufgehoben.

Die zu Sperrbezirken erklärten Seuchengehöfte dieser Orte bleiben weiterhin bestehen

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 13. Februar 1930

## Erholungs-Fürsorge

Eltern, welche im Jahre 1930 ihre Kinder in einem Erholungsheim in Sachsen, an der  
See oder im Gebirge untergebracht wissen wollen, wollen sich in der Zeit vom 17.-22. Februar 1930  
beim unterzeichneten Wohlfahrtsamt oder bei der Bezirkspflegerin, Schwester Margarete Krusch-  
witz, melden.

Unentgeltliche Unterbringung oder Beihilfen zu den Unterbringungskosten können bei  
besonderer Bedürftigkeit und auf Antrag gewährt werden.

Pulsnitz, am 14. Februar 1930. Rat der Stadt — Wohlfahrtsamt

## Zulassung von Kraftfahrzeugen

Nachdem die Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen den  
Amtshauptmannschaften übertragen ist, werden die Eigentümer von Kraftfahrzeugen hiermit auf-  
fordert, ihre Zulassungsbescheinigung und Steuerkarte, soweit dies noch nicht geschehen ist, zum  
Zwecke der Neuerteilung eines Kennzeichens (Umnummerierung) spätestens Dienstag, den 18. Fe-  
bruar 1930 bis 12 Uhr mittags beim Stadtrat — Polizeiamt — einzureichen. Dort wird auch  
nähere Auskunft erteilt. Abkempfung der umgeschriebenen Kennzeichen erfolgt am Dienstag,  
den 18. Februar, vormittag um 10 Uhr. Die neuen Kennzeichen müssen den Vorschriften des  
§ 8 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. 3. 1929 unbedingt entsprechen.

Pulsnitz, den 15. Februar 1930. Der Stadtrat — Polizeiamt

## Bezirkstags-Wahl

Die Feststellung des Wahlergebnisses im 3. Wahlkreise findet in öffentlicher Sitzung

Mittwoch, den 19. Februar 1930, nachm. 5 Uhr

im Rathaus zu Pulsnitz statt.

Pulsnitz, den 14. Februar 1930

Der Wahlkommissar

Stadtrat Beyer, stellv. Bürgermeister

## Bekanntmachung

### Meisterprüfungen betreffend

Im Bezirke der Gewerbekammer Zittau finden die nächsten Meisterprüfungen im  
Frühjahr statt. Handwerker, die sich der Prüfung an dem genannten Termine unterziehen wollen,  
müssen ihr Gesuch um Zulassung zur Prüfung zur Prüfung bis spätestens zum 15. März 1930 an die Ge-  
schäftsstelle der Kammer, Lessingstraße 32, einreichen.

Zittau, den 15. Februar 1930

Die Gewerbekammer

## Dringender Instandsetzungsarbeiten halber

unterbleibt die Gleichstromlieferung (Stadt Pulsnitz und Pulsnitz N. S.) am Sonntag,  
den 16. ds. Mts., von 8—9 Uhr vormittags.

Ueberlandkraftwerke Pulsnitz N.-S.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten Einsamkeit

Fast jeder von uns hat es einmal erlebt, daß ihn  
„der Menschheit ganzer Jammer“ packt, daß er von dem  
oder jenen „nichts mehr hören und sehen“ wollte. Bei  
innerlich ungehemmten Menschen kann oft ein für die anderen  
unverständlicher Anlaß genügen, sie in die Einsamkeit zu  
treiben, aus der es keine Rückkehr in das Leben mehr gibt,  
das sie fliehen. Die Einsamkeit lockt in solchen Augenblicken,  
in denen das seelische Gleichgewicht ins Wanken gerät, als  
die Trösterin, die „alles Leid und Schmerzen“ stillt. Es  
hat Zeiten gegeben, in denen das Empfinden von Enttäu-  
schungen sich zur Empfindsamkeit steigerte, in denen Welt-  
schmerz und Weltflucht Modetränke wurden, wie sie die  
„Leiden des jungen Werther“ zeichnen.

Wir heutigen sind im allgemeinen seelisch robuster.  
Nicht nur der Leib ist durch systematische Übungen wider-  
standsfähiger geworden, auch das geistige Training hat eine  
Abhärtung gegen die kleinen und größeren Nackenschläge er-  
fahren, durch die sich frühere Geschlechter aus den Angeln  
der Umwelt heben ließen. Auf der anderen Seite hat die  
kulturelle Ueberfeinerung des ganzen Daseins die sogenannten  
„Lebensinhalte“ häufig in einem Umfange entwertet, daß  
sich viele Menschen zeitweilig von ihnen trennen, um über-  
haupt wieder ein Gefühl von Wert für sie zu bekommen.

Der Ruf der Einsamkeit, der — wie man las — zwei  
Menschen mitten aus dem Zivilisationszentrum einer Welt-  
stadt auf eine unbewohnte Insel im weiten Weltmeer lockt,  
mag im Tiefsten eine Flucht veranlassen haben, die den ange-  
deuteten Ursachen entspringt. Vielleicht ist sie über ein maß-  
volles Ziel hinausgeschossen. Aber dieses Beispiel, das  
„Schule machen“ kann, zeigt auch wieder, daß die Sehnsucht  
nach bestimmter Einsamkeit unter der Oberflächlichkeit der  
Zeit schwelt. Nach Möglichkeiten der Verinnerlichung allzu  
sachlicher Daseinsgestaltung. Vielleicht ist eine neue Romantik  
schon weiter als wir ahnen, auf dem Marsch.

**Pulsnitz.** (Der ärztliche Sonntagsdienst)  
wird am Sonntag, den 16. Februar 1930 von Herrn  
Dr. med. Schöne versehen.

**Pulsnitz.** (Volkshochschule.) Ab Montag,  
den 17. Februar, beginnt unter Leitung Dr. Mochtrauers,  
Dresden, ein neuer Kursus: „Was ist Gerechtigkeit?“ Un-  
ser ganzes Leben in Familie, im Beruf und in deröffent-  
lichkeit steht immer wieder unter der Frage: „Was haben  
wir zu tun und zu lassen?“ Widersährt uns Gerechtigkeit,  
find auch wir andererseits gerecht gegen andere. Bei tieferer  
Betrachtung solcher Fragen stellen sich leicht Zweifel ein, ob  
es eine unabhängige „Gerechtigkeit“ ein Naturrecht überhaupt

## Die Young-Befehle vor dem gemeinsamen Reichstagsauschuß

Dr. Schacht auf der Bremer „Schaffermahlzeit“

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages und der  
Haushaltsausschuß trafen am Freitag zu ihrer ersten ge-  
meinsamen Sitzung zusammen, um die Young-Befehle durch-  
zuerörtern. Auf sozialdemokratischen Vorschlag wurde der  
Vorsitz dem Sozialdemokraten Heiman übertragen. Die  
sonst für den Auswärtigen Ausschuß bestehende Vertraulich-  
keit wurde aufgehoben. Die Generaldebatte soll in gemein-  
samer Sitzung beider Ausschüsse durchgeführt werden. Die  
Einzelberatung der Vorlagen wird in Sonderitzungen der  
beiden Ausschüsse zu erledigen sein. Die gemeinsamen Aus-  
schüsse wollen täglich von 10—12 Uhr und von 3—5 Uhr  
verhandeln.

Die Berichtigung der Ausschußitzungen auf 5 Uhr ist er-  
folgt, weil die Regierungsparteien erklärt haben, daß sie  
die Zeit nach 5 Uhr benötigen, um in interfraktionellen Be-  
sprechungen die Finanz- und Haushaltsfragen weiter zu  
erörtern.

Die Sitzungen finden im Plenarsaal des Reichstages  
statt.

Der Beratungstoff wurde folgendermaßen eingeteilt:  
In den Neuen Plan, die Liquidationsabkommen und die  
Vereinbarungen über die Haager Konferenz, die Vorschriften  
über das Reichsbahngesetz, das Reichsbankgesetz, das finan-  
zielle Abkommen mit Belgien und das deutsch-amerikanische  
Schuldenabkommen. Diese Einteilung wurde spezialisiert in  
die Fragen der Belastung (Devisenzahlung, Sachlieferungen,  
geschützte und ungeschützte Annuitäten), der Sonderbelastung,  
der Sicherheiten und Pfänder, die noch geblieben sind, der  
Schutzklauseln, Organe und Verfahrensarten. — Die Abge-  
ordneten Dr. Breitscheid (Soz.) und Dr. Hoepfich  
(christl. Arbeitsgemeinschaft) wurden zu Berichterstattern  
für das Plenum bestimmt.

Die Frage der Sanktionen und überhaupt alle politischen  
Fragen scheint man in dem Auswärtigen Ausschuß zurück-  
schieben zu wollen, um dort die Vertraulichkeit wieder her-  
zustellen. Von seiten der Deutschnationalen, besonders durch  
den Grafen Westarp, wurde Einspruch gegen diese Be-  
seitstellung erhoben.

Die Aussprache wurde im allgemeinen von Dr. Curtius  
und der Rechten geführt, während sich die Regierungs-  
parteien starke Zurückhaltung auferlegten. Der Parteiführer  
des Zentrums, Dr. Kaas, war im Ausschuß anwesend.  
Ueber die Gesamtbelastung nahm in der sachlichen Be-  
ratung der

### Reichsaußenminister Dr. Curtius

das Wort. Er behauptete, daß es nicht richtig sei, daß  
Deutschland die interalliierten Schulden an die Vereinigten  
Staaten übernommen habe. Eine Vereinbarung sei über den  
Fall getroffen worden, daß die Vereinigten Staaten den  
Gläubigern Deutschlands einen Nachlaß gewähren würden.  
Die Belastung aus den Annuitäten sei von den Sach-  
verständigen für die ersten 37 Jahre auf den

Durchschnitt von 1988 Millionen Rm. be-  
rechnet worden. Der Gegenwertwert betrage rund 34,5  
Milliarden Rm. Man solle aufhören, die Öffentlichkeit da-  
durch irrezuführen, daß man die Annuitäten abbriere und  
eine Riesensumme nenne. Wenn ein Landwirt eine Hypo-  
thek von 34 500 M. aufnehme, die mit 5½ Prozent zu ver-  
zinsen und in 58 Jahren zu tilgen sei, habe er auch in der  
Summe der Jahreszahlungen 113 500 Mark zu zahlen.

Die Opposition hielt dem Außenminister entgegen, daß  
man eine derartige Rechnung nicht aufmachen könne, weil  
Deutschland ja nicht den Wert von 34,5 Milliarden erhalten  
habe. Abg. Reichert hob hervor, daß die Rechtsgrund-  
lage völlig seit dem Versailler Vertrag verschoben worden  
sei. Er wies u. a. auf den von Minister Hirthofer be-  
rechneten Rückgang in der deutschen Bevölkerung  
rungen hin und hob hervor, daß sich dieser Rückgang bei  
späteren Steuerzahlungen stark bemerkbar machen werde.  
Die Regierung habe bisher die Reparationslieferungen als  
Aktivum bei der Ausfuhr berechnet. Wenn man sie nicht zur  
Ausfuhr zuzähle, sei letztere in den Jahren nach dem Kriege  
stets passiv gewesen. Es sei bemerkenswert, daß Deutsch-  
land in einer Zeit, in der es 8 Milliarden zahlen mußte,  
16 Milliarden neue Schulden herinnahm.

## Vorbereitungen Moldenhauers mit den Finanzministern der großen Länder

Der Reichsfinanzminister hat am Freitag Be-  
sprechungen mit den Finanzministern der fünf großen Länder  
geführt, in denen der Versuch gemacht werden sollte, eine  
Einigung über den Finanzausgleich und den Etat für  
1930/31 zu erreichen. Offiziell begannen die Besprechungen  
des Reichsfinanzministers mit den Finanzministern der  
Länder erst am Sonnabend vormittag. Die Besprechung,  
die ursprünglich geheim bleiben sollte, ist bei den Finanz-  
ministern der kleinen Länder nicht gerade sehr angenehm  
aufgenommen, da sie den Versuch darstellte, die kleinen  
Länder mit einem Kompromiß zwischen der Reichsregierung  
und den Regierungen der großen Länder zu überraschen.

## Ein-Uhr-Polizeistunde im ganzen Reich

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages  
wurde mit knapper Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt,  
daß die Polizeistunde für Gast- und Schankwirtschaften aller  
Art grundsätzlich auf 1 Uhr festgesetzt wird, und zwar im  
ganzen Deutschen Reich. Es besteht jedoch die Möglichkeit,  
daß die obersten Landesbehörden oder nachgeordneten Be-  
hörden Ausnahmen in gewissem Umfange zulassen.

Gegen diese generelle Bestimmung für ganz Deutschland  
hatten sich in mehrstündiger Debatte der Vertreter der  
Reichsregierung sowie Vertreter Preußens und Bayerns ge-  
wandt. Die Mehrheit des Volkswirtschaftlichen Ausschusses  
entschied gegen Regierung und Länder.

